

# ADOLF REICHWEIN · JAPANS ARBEITER- UND BAUERNBEWEGUNG



NICHT weit von Osaka, dem industriellen Zentrum des werdenden ostasiatischen Imperiums, liegt zwischen Bergen, malerisch, Kjoto, die 1000jährige Residenz der Mikados. Wenn man sich plötzlich vom einen ins andere versetzt sieht, will man kaum glauben, daß beide gegenwärtiges Japan repräsentieren. Und doch ist Kjoto mit seinen farbigen Tempeln, seiner Handwerkertradition, die noch sehr lebendig auf den Straßen bastelt, hämmert und hobelt, ebenso symbolisch für das heutige Japan wie das rauchüberzogene Osaka, wo Massen des frühen Morgens in Fabrikture strömen, und wo Riesenmaschinen aus Chemnitz und Milwaukee den einzelnen in das Getriebe der modernen Fabrik einstampfen. Japan ist eine merkwürdige Mischung von fortschrittlichen und konservativen Elementen, und zwar beides in radikaler Weise. Der Japaner ist, um hier einmal allgemein zu reden, ein stark gefühlsmäßig bestimmter Mensch und darum von Natur geneigt die Konsequenz bis zu Ende zu treiben.

Will man die japanische Arbeiterbewegung und ihren schwankenden Kurs verstehen, so muß man sich diese Grundtatsache in der sozialen Struktur des modernen Japans einmal klar gemacht haben: das Dasein eines noch lebendigen Mittelalters (das nicht als Schatzkästlein hinter Glas gesetzt ist wie unser Rothenburg), patriarchalische Tradition neben gänzlich entpersönlichem kapitalistischen Betrieb, der vom Westen importiert wurde. Man darf nicht vergessen, daß der japanische Unternehmer vielfach noch stärker als in irgendeinem andern Land patriarchalisch denkt und zudem nicht selten etwas von dem amerikanischen Habitus angenommen hat. Ohne Frage ist die Fabrikfürsorge gerade in einer Anzahl von Großanlagen der Hauptindustrie von einem gewissen Einfluß auf die Haltung des Arbeiters, der stärker, als wir es von den Ländern der westlichen Zivilisation gewohnt sind, durch Gefühle bestimmt wird. Ich greife nur ein Beispiel heraus, das ich durch mehrere andere aus meinem Erfahrungsbereich erhärten könnte: In Hotogaja hat die Fudschiseidengesellschaft ihre Fabrikanlage, eine Spinnerei und Weberei mit etwa 4000 Arbeitern, meistens Mädchen. Die heutige Anlage ist neu, zum Teil noch provisorisch in Holz konstruiert; die alte Fabrik wurde durch das Erdbeben 1923 zerstört. Man arbeitet gegenwärtig verkürzt, 8 Stunden; bei voller Beschäftigung wird 10 Stunden gearbeitet. Die Mädchen im Alter von 17 Jahren an aufwärts, verdienen im Monat 50 bis 60 Jen, das heißt 105 bis 130 Mark. Sie wohnen selbständig, nehmen aber ihre Mahlzeiten in der Kantine der Fabrik ein. Ich bekam auch hier, wie fast überall in Japan, den Eindruck einer tadellosen Sauberkeit. Wie die langen Reihen der Tische sauber waren und die Teekessel wie am Schnürchen geordnet. Die Mädchen haben zum Frühstück Reis, Gemüse, Fisch oder Fleisch. Dafür bezahlen sie 5 Sen, das sind 11 Pfennig. Zu Mittag gibt es Suppe, Reis, Fleisch und Fisch, Gemüse; zum Abendessen um 5 Uhr das gleiche. Für Mittag- und Abendessen werden je 6 Sen, also je 13 Pfennig, bezahlt. Zu allen Mahlzeiten gibt es Tee, der ebenso wie in den kleinen Teeпаusen zwischen den Hauptmahlzeiten umsonst gereicht wird. Im Garten hinter dem Fabrikgebäude liegt das Hospital, sehr sauber und geräumig in 3 Häusern untergebracht. Die ärztliche, auch die zahnärztliche Behandlung ist für alle Fabrikangehöri-

gen dort kostenlos. Im Fall der Invalidität zahlt die Fabrik monatlich 50 Jen weiter. Ich gab dieses Beispiel, nicht weil ich glaube, daß mit solchen Dingen das Arbeiterproblem gelöst werden könnte, sondern weil ich meine, daß es damit, wenn es sich wirklich um eine allgemeinere Erscheinung handelt, auf eine andere Ebene gestellt wird als die, die uns vertraut ist. Was für das Gewerbe gilt, trifft übrigens in noch höherem Grad für die Landwirtschaft zu, wo sich eine allerdings sehr durchgebildete, alte, primitive Hack- und Pflugkultur, an der die Bauernmassen mit natürlicher Zähigkeit kleben, mit dem intensiven Bemühen der Regierung kreuzt durch die Versuchsstationen der Präfekturen und Aufklärungsarbeit unter den Bauern westliche Intensivierungsmethoden und Maschinenbetrieb zu verbreiten.

Zur Beurteilung der japanischen Arbeiterfrage ist es wichtig zu wissen, daß 70 % des japanischen Volkes Bauern sind, daß aber nur 50 % dieser Bauern eigenes Land besitzen; besonders in Hokkaido, dessen landwirtschaftliche Erschließung in den letzten Jahren unter dem Druck des immer schwierigeren Ernährungsproblems mächtig propagiert wird, hat sich, unter dem Protektorat des jungen Kapitalismus, ein Latifundienwesen herausgebildet, wie es dem alten Japan unbekannt war. Die Not des japanischen Bauern liegt unter den Verhältnissen des Landes ebenso drastisch zutage wie die des amerikanischen Farmers unter dem höhern materiellen Standard der nordamerikanischen Union. Es versteht sich darum von selbst, daß die japanische Arbeiterbewegung, ebenso wie die amerikanische (durch die junge Farmers Labor Party), dem Bauern die Interessen, die ihn mit dem Industriearbeiter verbinden, bewußt zu machen sucht. Dieser Propaganda dient die im März 1926 gegründete Arbeiter- und Bauernpartei (Rodo Nominto). Da die Masse des japanischen Volkes heute am Rand des äußerst Notwendigen entlang lebt, ist die Aussicht auf propagandistischen Erfolg günstiger als in Amerika. Man muß sich einmal klar machen, welche Folgen hinter der elementaren Tatsache stecken müssen, daß die japanische Bevölkerung jährlich um 800 000 bis 1 000 000 zunimmt, daß aber gleichzeitig die Produktivität im Reisbau nicht nennenswert fortschreitet. Nehmen wir nur die allerjüngste Situation: Die Reisernte des Jahres 1926 war um 13 Millionen Bushel ärmer als die des Jahres 1925; gleichzeitig hatte aber die Bevölkerungszahl um 1 000 000 zugenommen. Man bedenke auch, daß sich während der guten Kriegskonjunktur die Masse des Volkes an einen höhern Lebensstandard gewöhnt hat (was zum Beispiel darin zum Ausdruck kommt, daß der Reisverbrauch pro Kopf in den letzten Jahren um 10 % gestiegen ist), und man wird verstehen, daß dies, in Verbindung mit den steigenden Reispreisen, genügt den Arbeiter gegen alle Lohnkürzungsversuche, die natürlich auch in Japan als ultima ratio des internationalen Konkurrenzkampfes beliebt sind, in nächster Zukunft wachsam und empfindlich zu machen. Auf der politischen Seite bedeutet dies Aussicht auf verstärkte Aktivität der Arbeiterbewegung.

Die ersten Wurzeln der japanischen Arbeiterbewegung reichen bis ins Jahr 1897 zurück. Nachdem 1868 der Feudalismus beseitigt worden war, wurde die Freizügigkeit der Arbeit, der kapitalistische Arbeitsvertrag, möglich gemacht. Als nach dem Chinesisch-Japanischen Krieg 1894-1895 der junge Industrialismus aufschloß, konnte er bereits mit einem hinreichenden Kontingent freier Arbeit hantieren; es bedarf nur der Erwähnung, daß das Ergebnis des Russisch-Japanischen Krieges diese Entwicklung beschleunigte. Die Organisie-

ung der "freien Arbeit" wurde 1897 durch die ersten Gewerkschaften der Drucker und Metallarbeiter in Tokio eingeleitet, denen 1898 die Lokomotivführer und Heizer folgten. Wie noch in jedem jungkapitalistischen Staat bis zum heutigen Tag versuchte auch in Japan die Regierung diese ersten schwachen Anfänge einer Arbeiterorganisation zu unterdrücken.

Im Jahr 1900 ging ein Gesetz durch, das heute noch in Kraft ist und die folgenden Polizeibestimmungen in seinem Artikel 17 enthält:

»Gegen niemanden darf Gewalt geübt werden noch Drohung mit Gewalt, noch darf der Charakter anderer in der Öffentlichkeit herabgewürdigt werden, soweit es sich um folgende Fälle handelt:

1. Veranlassung anderen Verbänden beizutreten oder solchen fernzubleiben, die dem Zusammenschluß zum Zweck verbesserter Arbeitsbedingungen dienen;
2. Entlassung von Arbeitern oder Verweigerung einer Arbeitsanweisung, Aufreizung von Arbeitern ihre Pflichten im Betrieb zu vernachlässigen oder Arbeitsanweisungen nicht anzunehmen, zu dem Zweck Aussperrung oder Streik herbeizuführen;
3. Anwendung von Gewalt, um die Übereinstimmung mit anderen, Arbeitsbedingungen und Arbeiterforderungen gegenüber, zu erzielen, oder Androhung von Gewalt zu gleichem Zweck; auch wenn es sich um Fragen der Landpacht für landwirtschaftliche Zwecke handelt.«

Diese Bestimmung, in die übrigens typischerweise damals schon Landarbeiter- und Pächterproblem mit einbezogen worden ist, verbot zwar nicht offiziell die Arbeitergewerkschaften, machte aber ihre Arbeit praktisch illegal. Das Gesetz wurde rigoros gegen jeden Versuch der Gewerkschaftsbildung angewendet. Es feierte seinen schlimmsten Triumph 1909-1910 in dem großen Prozeß gegen 24 sozialistische und anarchistische Führer, von denen 12 tatsächlich durch den Strang hingerichtet wurden. Die Brutalität dieses Urteils rief jedoch in einer kleinen Gruppe bürgerlicher Intellektueller eine solche Erregung hervor, daß eine Bewegung in Fluß kam, die nicht mehr zum Stehen gebracht werden konnte. Es kam 1912 mit Unterstützung der Regierung zur Begründung einer Gewerkschaft der Industriearbeiter, der Jüaikai<sup>1</sup>, die von bürgerlichen Intellektuellen, mit Bundschi Susaki an der Spitze, geführt wurde. In den Massen schlug die junge Bewegung nicht Wurzel; denn sie trat für eine Art christlichen Sozialismus ein und war mehr eine Partei von Arbeiterfreunden als von Arbeitern. 7 Jahre führte die kleine Jüaikai eine bescheidene Existenz, doch immerhin sichtbar genug, um der spätern radikalen Arbeiterbewegung den Boden zu bereiten. Bis zum Weltkrieg war die industrielle Entwicklung Japans noch zu schwach, um einer Massenorganisation von Arbeitern Raum zu geben. Während des Krieges erst begann das, was man die industrielle Revolution Japans genannt hat. Die Anzahl der Fabriken mit motorischer Kraft wuchs von 10 334 im Jahr 1914 auf 26 947 im Jahr 1919 und 33 669 im Jahr 1922. Die verwendete Kraft wuchs in der gleichen Zeit von 946 828 Pferdekräften im Jahr 1914 auf 3 157 216 im Jahr 1922. Die Anzahl der Arbeiter in Betrieben mit mehr als 5 Angestellten stieg in diesen Jahren von 916 252 auf 1 691 019, 1916 bis 1919 von 1 095 301 auf 1 611 990<sup>2</sup>. Die Folge dieser Hochkonjunktur im Krieg und unmittelbar nach dem Krieg war natürlich ein Steigen der Löhne, und man könnte zunächst angenehm enttäuscht sein, wenn man die offiziellen Lohndaten liest. Da heißt es zum Beispiel, daß der durchschnittliche Lohn eines Tagelöhners 1914 nur 0,56 Jen war, 1922 dagegen 2,13 Jen; der Lohn einer Seidenspinnerin

1) Jüaikai wird wohl am besten mit Freundesbund übersetzt.

2) Die Zahlen sind dem vom Finanzministerium herausgegebenen Financial and Economic Annual für 1924 entnommen.

1914 0,35 Jen, 1922 1,06 Jen (neben der Verpflegung); das Tageseinkommen eines Webers 1914 0,46 Jen, 1920 1,75 Jen, einer Weberin 1914 0,29 Jen, 1920 0,95 Jen (beides außer Verpflegung). Dort, wo die Speisung der Arbeiter durch die Fabrik erfolgt, fällt die Erhöhung tatsächlich ins Gewicht, auch dort noch, wo die Fabrik den Reis als wichtigstes Nahrungsmittel zu den eigenen Großeinkaufspreisen weiterverkauft, obwohl hier schon die enorme Preissteigerung für Reis fast den ganzen Gewinn wieder illusorisch macht. Wo aber der Arbeiter seine sämtlichen täglichen Bedürfnisse mit seinem Lohn kaufen muß, und das gilt für die Mehrzahl, ist der Reallohn entweder überhaupt nicht oder kaum gestiegen. Denn der Reispreis schnellte von 1914 bis 1919 um 300 % in die Höhe.<sup>3</sup> Wenn man bedenkt, daß vier Fünftel der Nahrung des Japaners aus Reis besteht, kann man die Bedeutung dieser Preissteigerung ermessen. Man hat berechnet, daß 1914 noch nur 12 % von des Arbeiters Lohn für Reis ausgegeben werden mußten, 1919 aber 50 %. Dazu kommt, daß die Arbeitszeit trotz niedrigen Löhnen sehr lang ist. Das Fabrikgesetz von 1916 betrifft nur die geschützten Arbeitskräfte, das heißt Frauen und Kinder unter 15 Jahren. G. N. Barnes, der Delegierte der britischen Regierung auf der Arbeitskonferenz in Washington /1919/, stellte fest: »Das japanische Fabrikgesetz beschränkt den Arbeitstag auf 13 Stunden, und in der größten Industrie des Landes [gemeint ist die Seidenindustrie] sind zu dieser Arbeitszeit weitere 120 Überstunden erlaubt. Es gibt ferner keinen Feiertag in der Woche oder Sonntag, von 2monatlichen Feiertagen abgesehen. Die Baumwollindustrie arbeitet 11 Stunden täglich. In anderen Industrien ist der Normalarbeitstag 10 Stunden, aber praktisch wird 12 Stunden gearbeitet, weil Überzeit allgemeine und beständige Einrichtung ist.«

Diese Feststellungen können zwar nicht auf jeden einzelnen Fall angewendet werden, aber sie geben die allgemeine Situation zu jener Zeit wieder. Heute wird in einzelnen Industrien, vor allem der Seidenindustrie, kürzer gearbeitet, aber das ist nur eine vorübergehende Erscheinung, die mit der ungünstigen Marktlage zusammenhängt. Die Verpflegungs- und Unterkunftsverhältnisse sind, was für eine jungkapitalistische Entwicklung charakteristisch ist, äußerst verschieden. Es gibt wohl gut eingerichtete, vom sanitären und allgemein hygienischen Standpunkt vorbildliche Großanlagen. Aber das Gesamtbild wird doch noch sehr stark durch mangelhaft eingerichtete Anlagen bestimmt, in denen oft Zustände herrschen, die dem europäischen oder nordamerikanischen Arbeiter heute unbekannt sind. In kleineren Fabriken pflügen die Arbeiter häufig in irgendeinem Winkel des Fabrikgebäudes zu schlafen oder auf dem Boden unterm Dach, wo jede sanitäre Vorrichtung fehlt. Es sind Fälle bekannt, wo 20 Arbeiter auf diese Weise in einem Raum mit nur 25 Quadratmeter Grundfläche untergebracht sind. Obwohl die Zustände in den Fabriken mehr und mehr verbessert werden, treiben natürlich diese gegenwärtigen Verhältnisse eine militante Arbeiterbewegung vorwärts. Dabei wirkt der starke Anteil von Frauen in der industriellen Arbeit noch in konservativem Sinn; 50 % aller Arbeiter sind, nach der staatlichen Statistik, Frauen, und weniger als 1 % dieser arbeitenden Frauen ist in der wichtigsten Industrie, nämlich der Textilindustrie, gewerkschaftlich organisiert.

Die Reisunruhen, die noch während des Krieges ausbrachen, waren ein unmittelbarer Anlaß für tatkräftige Organisierung der Arbeiterklasse selbst,

3) Zur Ergänzung sei die Preisbewegung einiger weiterer Artikel des täglichen Bedarfs erwähnt. Von 1915 bis 1922 stiegen die Preise für Sojabohnen um 115%, für rote Bohnen um 100%, Tee 175%, weiße Baumwollstoffe 110%, Rohseide 170%.

die 1919 begann, und der seitdem die soziale Notlage immer neue bewußte Anhänger zugeführt hat. Die Reisesunruhen von 1918 ergriffen 140 industrielle Zentren des Reichs und trieben Klassenbewußtsein in breite Massen. Das drückte sich unmittelbar in der wachsenden Anzahl und zunehmenden Härte der Streiks aus. Während für 1914 nur 50 Streiks angegeben werden, sind für 1917 bereits 399 und für 1919 sogar 497 angegeben. Obgleich organisierte Streikfonds ganz fehlten, wurden 1918 nur in 40 von 100 Fällen die Arbeiterforderungen zurückgezogen; 1919, als insgesamt 63 000 Arbeiter streikten, sogar nur in 30 von 100.

Natürlich kam diesen Kämpfen die Kriegskonjunktur, die jede Maschine und jede Faust an die Arbeit forderte und die Unternehmer Arbeiterforderungen gefügiger machte, zugute. Zum erstenmal durften in diesen Jahren die Gewerkschaften der Einzelindustriellen, die bis dahin gerade ihre eigene Existenz verteidigen und erhalten konnten, daran denken sich zu einer Föderation zusammenzuschließen. 1919 bildeten die 3 größten Einzelgruppen: die Östliche und Westliche Gewerkschaft, die Gewerkschaft der Bergleute, gemeinsam mit der Jüaikai einen Gewerkschaftsbund, der den Namen Japans Große Arbeiterföderation Jüaikai führt. Bundschi Susuki, der Führer der alten gemäßigten Jüaikai, wurde zum Organisator und Präsidenten gewählt, während alle anderen Verwaltungsstellen an Vertreter des Klassenkampfes gegeben wurden, die dem neuen Programm einen syndikalistischen Charakter gaben. Es ist wiederum sehr charakteristisch für den aktivierten japanischen Arbeiter, daß er zu der stark gefühlsmäßig begründeten Form eines syndikalistischen Sozialismus, das heißt zur "direkten Aktion" geneigt ist. Für die Bewegung war es ein günstiges Zusammentreffen, daß im gleichen Jahr 1919 die Arbeitskonferenz in Washington stattfand. Die direkte Folge dieser Konferenz, die zeitweise einem Weltgerichtshof über die Haltung der japanischen Regierung gegenüber der Arbeiterbewegung ihres Landes sehr ähnlich sah, war das Zugeständnis, daß sich künftig der japanische Arbeiter, wenn auch unter Aufsicht des Arbeitsministeriums, frei und ungehindert organisieren könne. Das war ein wichtiger Schritt vorwärts. Das 1. Japanische Arbeiterjahrbuch /1920/ konnte bereits für das Ende des Jahres 1919 über 270 000 Mitglieder von Arbeiterorganisationen feststellen. Es kann als ein Zeichen für das Erstarken der japanischen Arbeiterbewegung gelten, daß die Regierung gemeinsam mit Unternehmern im Januar 1919 die Kjotscho Kai oder Friedensgesellschaft gegründet hat, und zwar mit dem beträchtlichen Kapital von 6 Millionen Jen, deren Aufgabe es ist unter Arbeitern den Frieden zwischen Kapital und Arbeit zu propagieren. Die Arbeiter standen dieser Organisation von Anfang an mit größtem Mißtrauen gegenüber.

Das Jahr 1920 führte eine neue Etappe der Bewegung herauf. Die wirtschaftliche Depression, die in diesem Jahr begann, schwächte den Gewerkschaftsbund, eine Erscheinung, die unter ähnlichen Umständen auch in anderen Ländern regelmäßig eintritt. Die Folge in Japan war, daß, trotz einer gewissen Erholung seitdem, die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder heute noch um 100 000 geringer ist als im Jahr 1919. Diese Schwächung der gewerkschaftlichen Aktivität führte zu einer Umschichtung des Bewußtseins im Arbeiter und zu einer Änderung der Taktik. Der Arbeiter glaubte nicht mehr an die Lösung seines Problems durch die Gewerkschaft allein. Zum erstenmal kam das Bewußtsein in breiteren Massen auf, daß eine Änderung der

gesamten gesellschaftlichen Ordnung notwendig sei. Die Programme der Gewerkschaftskongresse von 1921 und 1922 spiegeln klar diesen prinzipiellen Wechsel in der öffentlichen Meinung der japanischen Arbeiterwelt. Sie betonten scharf den Willen zum Klassenkampf, verurteilten die Internationale Arbeitskonferenz in Genf als ein Instrument der Friedensbestrebungen zwischen Kapital und Arbeit und klagten ihre Regierung an, daß sie es bewußt vermieden habe organisierte Arbeiter zu jener Konferenz zu entsenden.

Die neue Taktik verlegte das Zentrum der Propaganda auf das Land, da der städtische Arbeiter unter dem Druck der wirtschaftlichen Not resignierte. Die Organisation der Pächtermassen in den Dörfern wurde großzügiger angepackt. Man versuchte auch die kleinen Besitzer in den Zirkel einzubeziehen; denn die Masse der landeignenden Bauern lebt auf schmaler Scholle; 70 % besitzen nur 4 bis 5 Morgen und weniger. Die Folge war, daß sich im Herbst 1921 mehrere tausend Pächter und kleine Eigner, die auch Land dazu gepachtet haben, gegen die Großgrundbesitzer zusammenschlossen und eine Herabsetzung der Pacht forderten. Die Pächter weigerten sich die Ernte einzubringen, wenn ihre Forderungen nicht angenommen würden. Die Grundbesitzer machten Zugeständnisse. Das war ein Ansporn für weitere Versuche in anderen Teilen des Landes. Während 1920 nur 408 Streitigkeiten zwischen Pächtern und Grundbesitzern bekannt wurden, traten die Pächter 1921 in 1255 Fällen in den offenen Kampf. Bei einer Zusammenkunft, die am 9. und 10. April 1922 in Kobe stattfand, wurde der Allgemeine Pächterverband begründet. Sofort eingebrachte Resolutionen zeugten von starkem kommunistischen Einfluß; sie forderten vor allem sofortige Nationalisierung des Grundbesitzes. Während des folgenden Jahres schlossen sich die Pächter an 1340 Orten zu Gruppen innerhalb des Allgemeinen Pächterverbandes zusammen. Daß diese neue Taktik ihren Eindruck nicht verfehlte, zeigte sich darin, daß die Großgrundbesitzer 414 Stellen organisierten, deren Aufgabe war entgegenkommender mit den organisierten Pächtern zu verhandeln.

Da kam 1923 ein Ereignis, das abermals den Kurs der japanischen Arbeiterbewegung mit elementarer Wucht herumwarf und eine ganz neue Etappe einleitete: Das große Erdbeben verursachte eine Volksbewegung, die alle Klassen näher zusammenbrachte, Differenzen in den Hintergrund drängte und mehr als zuvor den Willen zur Kooperation betonte. Auch der maßgebende Teil der Arbeiterbewegung konnte sich diesem Einfluß nicht entziehen. Zunächst, unmittelbar nach der Katastrophe, wurden in der allgemeinen Erregung Bureaus und Privatwohnungen führender Sozialisten oder solcher, die es sein sollten, durch Polizei untersucht; auch einige Universitätsprofessoren waren unter den Verdächtigen. Man nahm etwa 100 Personen fest. Daraufhin änderten die Sozialisten ihre Taktik. Sie begründeten offen eine Art Fabian Society und eine Gesellschaft für Politische Forschung. Als fast gleichzeitig klar wurde, daß die Vorlage für allgemeines gleiches Stimmrecht durchgehen werde, war damit beiden Gesellschaften auch sogleich ihre nächste Aufgabe gesetzt: Vorbereitung der Organisation einer Arbeiterpartei. Das war ein Schritt weiter zur öffentlichen Institutionalisierung der Bewegung; man könnte auch sagen: zur Konstitutionalisierung. Die Folge dieses Wechsels in der Taktik war, daß die Regierung nunmehr mit den Arbeiterorganisationen zusammenarbeitete und bei der Auswahl der Delegierten für die Internationale Arbeitskonferenz 1923 die Organisationen

berücksichtigte. Zweifellos hat der kommunistische Flügel dadurch an Kraft verloren. Der Allgemeine Japanische Gewerkschaftsbund steht seitdem mit dem Internationalen Arbeitsamt in Genf in Arbeitsverbindung; mit dem selben Amt, das er noch wenige Jahre zuvor aufs heftigste angegriffen hatte.

Offiziell wurde die neue Taktik auf der Gewerkschaftskonferenz im Februar 1924 formuliert. Bereits der nächste Kongreß, im März 1925 in Kobe tagend, führte die Diskussion über die Parteibildung zu einer klaren Entscheidung. Es wurde deutlich, daß in diesem Punkt eine Einigung mit den Kommunisten nicht erzielt werden könne. Die Opposition der kommunistischen Kwantogruppe, unter Führung von Jamakawa und Sakai, war so jeder Verständigung abgeneigt, daß eine besondere Konferenz des Zentralkomitees im Gewerkschaftsbund am 27. März 1925 die Kommunisten ausschloß. Sie bildeten nun ihren Kwantodistrikt, der aus 26 einzelnen Gewerkschaftsgruppen bestand, in einen Nationalrat der Gewerkschaften (Rodo Hjojittai) um. Gleichzeitig schickten sie eine starke Gruppe in die Gesellschaft für Politische Forschung und verhinderten damit die Schaffung einer Proletarischen Partei, die der Gewerkschaftsbund bereits mit der Gesellschaft in den Einzelheiten verabredet hatte, und die, breit angelegt, außer Industriearbeitern und Bauern auch die ärmere Mittelklasse umfassen sollte. Immerhin war nun Klarheit geschaffen, wie die Kräfte in der Arbeiterbewegung selbst sich geordnet hätten. Im August 1925 versuchte der Pächterverband von sich aus die Organisation der geplanten Partei, der Gewerkschaftsbund sandte Delegierte zur Unterstützung, aber die Vertreter des kommunistischen Generalrats sabotierten das Unternehmen. So endete auch dieser Versuch mit einem Fiasko. Aber der Pächterverband und der Gewerkschaftsbund ruhten nicht; sie stellten die Grundsätze einer Partei auf, die einen auch von der Regierung mit Hilfe der "Friedensverordnung" von 1916 schwer angreifbaren reformerischen Charakter hatten. Man erwartet danach »die Befreiung der Arbeiterklasse durch jedes legale Mittel«. Die nächste Zusammenkunft, im März 1926 in Osaka, schuf endgültig die Partei der Arbeiter und Bauern (Rodo Nominto).

Die junge Partei wird einen schweren Stand haben. Es bedeutet für die Arbeiter mit ihren niedrigen Löhnen ein hartes Opfer den notwendigen Partei- und Propagandaapparat zu tragen. Wird nicht die von Graf Goto neu gegründete Liberale Partei zahlreiche liberale Elemente anziehen, die sonst zur Arbeiterpartei gehören würden? Aber alle diese Probleme des Anfangs werden sich von selbst lösen, wenn es der Partei gelingt die 4 Millionen industrieller Arbeiter an sich zu ziehen, die Massen der Pächter aufzuwecken und in Linie zu bringen und außerdem die Hilfstruppen einer 3. Gruppe zu gewinnen, die eine entrechtete Klasse von etwa 3 Millionen Menschen für sich bedeutet: die Eta. Die Eta sind Abkömmlinge der Urbevölkerung des Landes, die nach der Eroberung durch die Japaner versklavt wurde. Zwar sind sie seit 1871 emanzipiert, aber sie werden trotzdem noch als Ausgestoßene und Minderwertige behandelt, obwohl sie rassenmäßig von der übrigen Bevölkerung nicht unterschieden werden können. Im Jahr 1922 kamen 2500 Delegierte der Eta in Kijoto zusammen und gründeten die Suiheischa, eine "Gesellschaft des Ausgleichs". Im Jahr 1924 wurde die Mitgliederzahl der Gesellschaft auf 1 Million geschätzt. Gelegentlich einer Jahresversammlung demonstrierte sie mit roten Flaggen, deren Aufschrift lautete: »Eine Krone von Dornen ist das Symbol des Leidens.«

Wie steht die Regierung zur Partei der Arbeiter und Bauern? Noch besteht der oben zitierte Artikel 17 der Polizeibestimmungen, der willkürlich gegen sich organisierende Arbeiter und Streikende angewendet werden kann. Uhei Masumoto, ein japanischer Arbeiterdelegierter in Washington, sagte darüber: »Wichtig und bezeichnend ist die Tatsache, daß infolge dieses Gesetzes und seiner unbedenklichen Auslegung das Volk zögernd wird und sich davor fürchtet Gewerkschaften beizutreten oder Streiks zu unterstützen . . . Solange dieser Artikel 17 besteht, dessen praktischer Erfolg ist den Arbeiter einzuschüchtern, wird es dem Arbeiter nicht vergönnt sein frei das zu tun, was eine einfache theoretische Erkenntnis ihm als Recht zuspricht: sich zu organisieren.«

Die Regierung ging aber weiter. Sie brachte eine neue Verordnung ein, die 7 Jahre Gefängnis für jede Propaganda vorsieht, die auf eine »Gefährdung der fundamentalen nationalen Grundsätze oder der Regierung« hinausläuft oder »das System des Privateigentums denunziert«. Die Verordnung passierte im Sommer 1926, nur leicht verändert, das Parlament. Nicht nur die Arbeiterbewegung, auch die liberale Presse fühlt sich durch sie bedroht. Die gleiche scharfe Sprache wie jene führt eine andere jüngste Verordnung, die eine Zwangsbegleichung von Streitfällen in gewissen Industrien vorsieht, die mit öffentlichem Kapital arbeiten. Dagegen wurde eine Verordnung, die den Gewerkschaften endlich eine legale Existenz verschaffen sollte, abgelehnt.

Wenn die Regierung diese Haltung beibehält, wird wahrscheinlich in der nächsten Zukunft wiederum mit einer Linksbewegung in der Arbeiterschaft selbst zu rechnen sein. Oder wird der Allgemeine Gewerkschaftsbund diese Bewegung mit den letzten Feststellungen seines Präsidenten Susuki in sich auffangen können? Diese Formulierungen lauten:

»1. Wir Arbeiter sollen unser Wissen und unsern Willen auf starke Einigkeit und gegenseitige Hilfe richten.

2. Wir Arbeiter sind entschlossen Unterdrückung und Verfolgung, die uns von Kapitalisten auferlegt werden, mit unbeugbarem Mut und erfolgreicher Taktik zu bekämpfen.

3. Wir Arbeiter sind überzeugt, daß Arbeit und Kapital unvereinbar sind. Wir sollen eine neue Gesellschaft auf der Stärke der Gewerkschaften errichten, eine Gesellschaft, die vollkommen frei ist vom Einfluß des Kapitals, und in der Freiheit und Gleichheit herrschen.«

Innerhalb der Bauernschaft hat sich bereits eine Unabhängigkeitsbewegung, weg von der Rodo Nominto, entwickelt. Das ist mindestens ein Beweis, daß die Kleinbauern- und Pächterschaft nicht gewillt ist sich dem schwankenden Kurs der Arbeiterbewegung, die von den Kämpfen zwischen dem sozialistischen und dem kommunistischen Flügel immer wieder erschüttert wird, anzuvertrauen. Am 18. Oktober 1926 wurde das Unabhängigkeitsstreben durch die Gründung der Japanischen Bauernpartei, Nippon Nominto, realisiert. 800 Delegierte vertraten auf der Gründungsversammlung 100 000 Bauerneigner und Pächter. Das Programm erklärt die landwirtschaftliche Produktion, die Düngemittel, die Wasserkraft zum Volkseigentum, auch die Hospitäler, die Medikamente und die Versicherungen. Seine Grundsätze sind nicht sozialistisch, aber sie haben eine sozialistische Tendenz. Die Kommunisten sind sorgfältig ausgeschlossen. Für die Arbeiterbewegung als Ganzes bedeutet natürlich dieser Verlust von Kleinbauernmassen eine starke Schwächung. Es ist für die Rodo Nominto eine sehr schwere Aufgabe beiden Forderungen zu genügen: einerseits klaren Kurs zu bekommen und andererseits doch so verschiedene Elemente wie den Großstadtarbeiter von Osaka und den kleinen Pächter in irgendeinem verlassenen Gebirgstal gleichermaßen anzuziehen.

